



Art des Vorstosses:

Anfrage

Firmen und Geschäftssitze in Obwalden

In den vergangen beiden Wochen sind in verschiedenen Zeitungen der deutschen Schweiz (Tagesanzeiger, Bund) Artikel zu russischen Firmen welche ihre Geschäftssitze nach Obwalden verlegt haben respektive ihre Firmen oder gemeinnützige Stiftungen hier in Obwalden gegründet haben, erschienen. Dabei konnte der Eindruck entstehen, dass bei diesen Ansiedlungen ein ernsthaftes Risiko besteht, dass es unter diesen Firmen auch schwarze Schafe haben könnte, deren Praktiken und Verhalten sich für unseren Kanton negativ auswirken könnten.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Regierungsrat die folgenden Fragen:

Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass bei der grossen Anzahl Firmen gewisse Risiken bezüglich Wirtschaftskriminalität bestehen?

Hat der Regierungsrat den Eindruck, dass die hiesigen Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder ihre Sorgfaltspflicht im Bereich der Ansiedlung von Gesellschaften und Stiftungen umfassend wahrnehmen?

Sieht der Regierungsrat ein Konfliktpotenzial oder Probleme, wenn ein diesbezüglich sehr aktiver Wirtschaftsanwalt eine bedeutsame Position bei der Obwaldner Kantonalbank inne hat?

Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat um in der Ansiedlung von Firmen zwischen erwünschten und unerwünschten zu unterscheiden?

Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Stiftungsaufsicht in der Lage ist die immer komplexeren Gebilde ausreichend zu prüfen?

Welche Mittel und Instrumente sieht der Regierungsrat grundsätzlich um unerwünschte schwarze Schafe rechtzeitig zu erkennen und damit einen möglichen Imageschaden von unserem Kanton abwenden?

Datum: 24.10.2012 Alpnach

Urheber/-in: CSP Fraktion

Unterzeichnende: